

„ Es gilt das gesprochene Wort “

Paul Theo Sommer, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Rat der Gemeinde Bestwig

Redetext anlässlich der Haushaltsverabschiedung 2024 am 20.12.2023

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wir leben in einer Zeit voller Krisen. Corona ist zwar noch nicht verschwunden, und wird auch nicht verschwinden, aber die vielen Einschränkungen in der Pandemie, die unser Leben seit dem Frühjahr 2020 drei Jahre lang in teils hohem Maße beeinflusst haben, gehören der Vergangenheit an. Diesbezüglich könnten wir also zur Normalität übergehen, aber außenpolitische Ereignisse lassen das nicht zu. Russlands Angriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022 veränderte die Sicherheitslage in Europa dramatisch und hatte eine bedrohliche Energiekrise mit explodierenden Preisen und großen Unsicherheiten bei der Energieversorgung zur Folge. Der Begriff „Zeitenwende“ ist nach wie vor voll berechtigt. Mit Entsetzen und Fassungslosigkeit schauen wir Richtung Naher Osten und verfolgen die dortigen Ereignisse in Israel und im Gazastreifen. Wir sehen viel menschliches Leid und unglaubliche Zerstörung. Und das sind nur zwei Orte, wo die Welt aus den Fugen geraten ist.

Und da, wo die Lebensumstände schwierig und zum Teil unerträglich sind, machen sich die Menschen auf den Weg um es besser zu haben. Das ist menschlich und nachvollziehbar. Und wenn man schaut, aus welchen Ländern die meisten Flüchtlinge (nach Bestwig) kommen, dann sind auf den ersten drei Plätzen Ukrainer, Syrer und Afghanen, also Kriegsgebiet, Bürgerkriegsgebiet, Taliban-Herrschaftsgebiet. Und viele dieser Menschen kommen nach Deutschland, und somit auch nach Bestwig. Und diese Menschen brauchen eine zumutbare Unterkunft, das ist unsere humanitäre Pflicht.

Der Bürgermeister hat die Unterbringung und Integration von Flüchtlingen für uns vor Ort nicht nur als größte Herausforderung, sondern auch als das allergrößte Problem benannt. Da hat er Recht.

Schon jetzt sind die Flüchtlingszahlen deutlich höher als in der Flüchtlingskrise 2015 / 2016. Und alle haben bisher eine vernünftige Unterkunft bekommen. Und das möchte ich an dieser Stelle sagen, die Gemeindeverwaltung, das Team des Bürgeramts, hat da gut gearbeitet. Und diese Aufgabe ist schon eine ganze Zeit lang herausfordernd.

Auch ich zitiere Altbundespräsident Joachim Gauck „Unser Herz ist weit, aber unsere Möglichkeiten sind endlich“. Diese Worte bringen das Problem auf den Punkt und sie gelten auch für Bestwig. Die Möglichkeiten der Unterbringung neigen sich dem Ende zu.

Und diese Dramatik, dass wirklich kein Raum mehr zur Verfügung steht, ist bei manchem Politiker in Berlin und Düsseldorf offensichtlich noch nicht angekommen. Da wird in Talkshows viel theoretisiert aber die Praxis ist hier vor Ort. Da muss man handeln, nicht nur reden.

Natürlich gibt es nicht die einfachen Antworten auf steigende Flüchtlingszahlen und ohne koordinierte Abkommen wird es eine gerechtere Verteilung in Europa nicht geben. Auch zu großen Abschiebezahlen wird es nicht kommen. Da dürfen wir uns nichts vormachen. In Kriegsgebiete wird nicht abgeschoben. Abgelehnte

Asylbewerber werden von ihren Herkunftsländern nicht aufgenommen. Da wird sich so schnell nichts ändern. Die Abschiebequote wird gering bleiben.

Die Menschen, die hier sind, wollen bleiben und bleiben auch zum großen Teil. Eine größere Rückkehrbewegung könnte zurzeit nur die Beendigung des Ukraine-Krieges bewirken. Aber das ist nach übereinstimmenden Expertenmeinungen nicht zu erwarten. Und der Westen muss auch verhindern, dass Putin den Krieg gewinnt und die Ukraine annektiert. Denn dann würden noch viele Ukrainer zu uns kommen, die Unterkünfte suchen.

Kurzfristig geht es nur mit Pragmatismus. Und da Konsens besteht, unsere Turnhallen nicht zu belegen, ist es richtig jetzt Wohncontainer zu beschaffen. Hierfür akzeptable Standorte zu finden, wird die nächste große Herausforderung sein. Da steht die SPD-Fraktion unterstützend zur Verfügung.

Der Bürgermeister hat am 23. November den Haushaltsentwurf 2024 eingebracht. Nach Berücksichtigung der 1. Veränderungsliste (Stand 14.12.23) werden beim Ergebnisplan Erträge von ca. 24,693 Mio. € erwartet, bei Aufwendungen in Höhe von ca. 25,779 Mio.€. Das bedeutet einen Fehlbedarf in Höhe von rund 1,085 Mio. €.

Die Summe kann durch die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage gedeckt werden. Der Haushalt ist also fiktiv ausgeglichen.

Und ein Blick über den Tellerrand zeigt, dass andere Kommunen im HSK und auch der Hochsauerlandkreis selbst, vergleichsweise größere Defizite aufweisen. Das darf aber keine Entschuldigung sein, unser gemeinsames Ziel muss ein strukturell ausgeglichener Haushalt sein. Davon sind wir leider weit entfernt. Die Finanzplanung der nächsten Jahre weist jeweils Fehlbedarfe im 7stelligen Bereich aus, für 2025 rd. 2,354 Mio. €. Das ist schon Anlass zur Sorge.

Erfreulich ist und bleibt, dass wir durch die guten Jahresabschlüsse der Haushaltsjahre 2017 bis 2022 und prognostiziert auch 2023 die Ausgleichsrücklage deutlich aufstocken konnten. Wir haben von wirtschaftlich guten Jahren und vor allem hohen Gewerbesteuererträgen profitiert. 2020, noch gar nicht so lange her, konnten wir die Haushaltssicherung, die im nächsten Jahr vielen NRW-Kommunen droht, verlassen. Absehbar besteht für uns keine Verpflichtung zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes.

Man sollte grundsätzlich nach vorn schauen, aber gestatten sie mir einen kurzen Blick zurück.

Wir haben uns in der Dezember-Ratssitzung im letzten Jahr mit der Rückzahlung von Investitionsdarlehen befasst und hatten empfohlen, die vorzeitige Darlehenstilgung nicht umzusetzen, die immerhin eine Vorfälligkeitsentschädigung in Höhe von knapp 330.000 € beinhaltete. Wir hatten empfohlen den Ablösebetrag von rund 3,1 Mio. € nicht zur Sondertilgung zu verwenden, sondern als Festgeld der Gemeinde anzulegen, das hätte bei einer Guthabenverzinsung von 3 % einen Guthabenzins von rund 92000 € ergeben. Und das hätte einen betriebswirtschaftlichen Vorteil von rd. 18000 € pro Jahr ergeben.

Mit der Ablösung der Darlehensrestschuld von rd. 3,1 Mio. € haben wir (nach der damaligen Mittelfristprognose) günstige Darlehenszinsen aufgegeben. Wir dachten da an die geplanten Investitionen der Jahre 2024ff für den Neubau der Feuerwehrhäuser, neue Feuerwehrfahrzeuge, Sanierung Besucherbergwerk u.a.m.) Jetzt werden Kredite nötig, sicherlich mit der Schaffung von Gegenwerten (weil Investitionen) aber zu welchem Zinssatz?

Vor einem Jahr wurde unserer Empfehlung nicht gefolgt und anders abgestimmt, eine zu akzeptierende demokratische Entscheidung. Wir sind aber der Meinung, eine andere Entscheidung wäre für die Gemeinde besser gewesen.

Zurück zum Haushalt 2024.

Wie ich bereits in der Haupt- und Finanzausschusssitzung deutlich gemacht habe, begrüßen wir ausdrücklich den Verzicht auf Steuererhöhungen. Das ist gerade in der heutigen Zeit mit den massiven Erhöhungen der Energie- und Lebensmittelpreise das richtige Zeichen, dass nicht alles teurer werden muss. Die überschaubaren Erhöhungen beim Winterdienst, bei den Abfallentsorgungsgebühren und einzelnen Positionen bei den Friedhofsgebühren sind notwendig und nicht zu vermeiden.

Der Gewerbesteueransatz wurde deutlich um 1.3 Mill. € auf 6,5 Mio. € erhöht. Das ist optimistisch, aber durch die zuletzt guten Ergebnisse gerechtfertigt.

Bei den Transferaufwendungen sind die Kreis- und Jugendamtsumlage wieder der dickste Brocken. Auch dieses Mal nehmen wir die riesige Summe wieder grummelnd zur Kenntnis.

In diesem Jahr zahlen wir zusammen nach dem neuen Ansatz 9,346 Mill.€, wieder ein neuer Höchststand.

Fast schon überraschend ist die zuletzt förmlich explodierte Jugendamtsumlage mit knapp 3,6 Mill. € nahezu gleich geblieben. Ich hatte ja im letzten Jahr darauf hingewiesen, dass wir fürs Jugendamt 2015 1,844 Mio. € und im letzten Jahr 3,609 Mio.€ bezahlt haben, also in 8 Jahren fast eine Verdoppelung.

Ist das in diesem Jahr eine Ausnahme? Bleibt das so oder ist in den nächsten Jahren wieder mit deutlichen Steigerungen zu rechnen.? Es wäre interessant, mal vom HSK- Jugendamt direkt zu erfahren, wie eine solche Kostensteigerung zustande kommt und wo das viele Geld eingesetzt wird.

Ich wiederhole meine Anregung vom letzten Jahr, dass der Leiter des Jugendamtes mal zu uns nach Bestwig kommt und in einer Rats- oder Ausschusssitzung berichtet.

Bei den **Investitionen** , auch das habe ich schon in der Ausschusssitzung vorgetragen, sehen wir die vom Bürgermeister aufgeführten 7 Blöcke als erforderlich an.

Wir müssen investieren, um nicht irgendwann einen großen Nachholbedarf zu haben, den wir dann finanziell nicht mehr stemmen können!

Bei den **Straßenbaumaßnahmen** (2,401 Mio.€) müssen wir daran denken, dass sehr viele Straßen im Gemeindegebiet in einem schlechten Zustand sind und saniert werden müssen. Jeder von uns hat sicherlich eine Straße in seinem Dorf vor Augen, wo besser heute als morgen die Sanierung beginnen sollte. Man muss kein Prophet sein, um festzustellen, dass diese Investitionen auch in den Haushalten der nächsten Jahre ganz oben auf der To-do-Liste stehen.

Ich hoffe, dass die Landesregierung noch bestehende Unsicherheiten bei den Straßenausbaubeiträgen beseitigt und die Beitragspflichten für Eigentümerinnen und Eigentümer per Gesetz endgültig abschafft.

Der **Feuerwehrbereich** (2,062 Mill.€) liegt in der Investitionssumme mit über 2 Millionen Euro auf dem zweiten Platz. Da wir aber nun die Aus-Um- und Neubauten der Feuerwehrgerätekäuser anpacken, bewegen wir uns, und nicht nur in diesem Jahr, im Millionenbereich. Und wenn -wie zuletzt in Nuttlar- ein Feuerwehrfahrzeug 30 Jahre alt geworden ist, dann muss es ausgetauscht werden. Und solch ein Fahrzeug kostet dann fast eine halbe Million Euro. Aber klar ist, wir wollen eine moderne und leistungsfähige Feuerwehr. Wir investieren in die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger.

Grunderwerb Wohnungsbau (650.000 €) haben wir ja im Wohnbauflächenkonzept verabredet. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass

Bauinteressenten die realistische Möglichkeit haben in Bestwig zu bauen und damit in Bestwig bleiben bzw. nach Bestwig umziehen. Aber machen wir uns nichts vor. Kurzfristig wird es keinen Bauboom geben, dafür haben sich die Rahmenbedingungen (Baupreise, Zinsen) zu sehr negativ verändert. Aber wenn das Bauen für Otto-Normalverbraucher wieder zu realisieren möglich ist, muss das in Bestwig auch möglich sein. Und deshalb müssen wir unsere Hausaufgaben machen.

Beim **Umbau OG Schulzentrum** (650.000 €) gilt es, die Nachnutzung unseres Schulzentrums auf stabile Füße zu stellen. Wir haben so viel Geld in dieses Gebäude gesteckt, dass es unbedingt weiter genutzt werden muss. Wenn schon der Begriff „Gesundheitscampus“ fällt... warum sollten nicht Arztpraxen dort möglich sein ?

Was auf jeden Fall verhindert werden muss ist Leerstand. Ein leerer Gebäudetrakt kann nicht im Interesse der Gemeinde sein.

Investitionen im **Schulbereich** (352.100 €) sind immer sinnvoll. WC-Räume zu sanieren wie in der Andreas-Schule in Velmede sind eine pure Selbstverständlichkeit.

Und am Rande bemerkt....Sporthallen für die Kinder zur Verfügung zu haben, ist auch eine Selbstverständlichkeit. Egal was die Zukunft bringt....Für Flüchtlingsunterkünfte muss eine andere Lösung gefunden werden. Unsere Sporthallen müssen für die Schüler und die Vereine weiterhin uneingeschränkt zur Verfügung stehen.

Bei den Investitionen im **Klimabereich** (285.100 €) erinnere ich an den einstimmigen Beschluss in der Ratssitzung am 14.06.2023.

Zustimmung zur Errichtung einer PV-Anlage auf dem Wohn- und Feuerwehrgerätehaus Nuttlar und auf der Flüchtlingsunterkunft in Ostwig. Bei den anderen ins Auge gefassten Dächern sollten weiterhin etwaige Förderprogramme geprüft und die Marktsituation beobachtet werden. Mitte 2024 soll die Realisierung erneut beraten werden. Also Umsetzung nur, wenn es sich wirtschaftlich rechnet. Die für die Investition benötigten Mittel im Haushalt zu belassen ist richtig. Wir können investieren, müssen es aber nicht.

Im Zusammenhang mit dem Klimaschutzthema möchte ich auch an unseren Antrag „Errichtung von E-Ladesäulen auf gemeindeeigenen Flächen“ erinnern. Den Antrag hatten wir am 8. März (2023) gestellt und bereits am 17. Mai hatten wir eine Verwaltungsvorlage zur Beratung und Entscheidung vorliegen. Hier wurde im Rathaus also zügig gearbeitet. Wir wollten mit unserem Antrag ja einen Dreiklang erreichen, den Tourismus stärken, die Region zukunftsfähig machen und den Klimaschutz verbessern. Solch ein Antrag und die erste Umsetzung können auch nur ein erster Schritt sein. Wir haben immer noch viel zu wenig Ladesäulen für die wünschenswerte anteilmäßig größer werdende E-Mobilität. Wir müssen die Infrastruktur schaffen, nur dann wird es für die Menschen interessant sich ein E-Auto anzuschaffen. Auch das sei am Rande bemerkt, durch den aktuellen Wegfall der staatlichen Kaufprämie für E-Autos werden die Bestellungen zunächst sicherlich deutlich zurückgehen. Aber die Zukunft heißt nun einmal E-Mobilität.

Und noch eine Anmerkung zum Thema Klimaschutz durch erneuerbare Energien, konkret Windkraftanlagen.

Damit haben wir uns zeitlich mit Abstand am meisten beschäftigt, sowohl im Gemeindeentwicklungsausschuss als auch im Rat. Meinen Lieblingssatz, der vieles auf den Punkt bringt, äußerte in einer Sitzung mal Dipl. Ing. Michael Ahn

vom Planungsbüro WoltersPartner aus Coesfeld, mit dem die Gemeinde Bestwig schon viele Jahre zusammenarbeitet und der ein ausgewiesener Experte in Sachen Windkraft ist und seinen Vortrag über die Windenergiesituation mit den Worten begannman hat Schwierigkeiten das alles noch zu begreifen.....

Er meinte damit die in den letzten Jahren durch die Politik in Bund und den Ländern beschlossenen und durch Gerichtsurteile geänderten rechtlichen und tatsächlichen Situation rund um die Windenergie. Stichworte sind hier Flächenziel, Abstandsregeln, Artenschutz, harte und weiche Tabukriterien, Bundesrecht, Landesrecht, Landesentwicklungsplan, Regionalplan, Lanuv-Studie und einiges mehr. Die Rechtsunsicherheit war zwischenzeitlich so groß, dass wir die geplante 4. Änderung unseres FNP ja im Juni 2022 eingestellt hatten. Wir haben aber das Buch Windenergie nicht zugeschlagen, sondern mit den neuen Erkenntnissen und geänderten rechtlichen Vorgaben das Verfahren zur 8. Änderung des FNP begonnen. Zunächst hatten wir auch einen Prüfauftrag erteilt, ob entsprechend der bisherigen strategischen Zielsetzung der nördliche Gemeindeteil, also der Arnsberger Wald, aufgrund seiner besonderen Qualität als Natur- und Erholungsraum im Rahmen der Steuerungsplanung freigehalten werden kann. Das hatte sich dann erledigt, Windkraft im Wald ist möglich, demnach auch im Arnsberger Wald, vor allem auf den Kalamitätsflächen , also auf den durch den Borkenkäfer geschädigten Bereichen. Und eins blieb beim Thema Windkraft. Die Rechtslage ist komplex und schwierig. Eine rechtssichere Planung hinzubekommen ist mühselig. Es wird den Kommunen nicht gerade leicht gemacht.

Und manchmal kann man politische Entscheidungen nicht verstehen.

Stichwort Vorsorgeabstand.....zu geschlossenen Siedlungsbereichen.

Da wollte NRW ursprünglich 1500 m haben. Man einigte sich auf 1000 m. Und nun schaffte im August die Landesregierung die 1000 m – Regelung vollständig ab (und es blieb lediglich der 300 m-Minimalpuffer.) Wie Herr Ahn immer

wieder betonte: „Die 1000-m-Abstandsregel hat zu einer Befriedung der Auseinandersetzung rund um die Windkraft geführt“

Auch wenn es jetzt schwerfällt die 1000 m als weiches Tabukriterium rechtssicher zu begründen, waren wir der Meinung unbedingt bei diesem Abstand zu bleiben, als wichtiger Baustein bei Akzeptanz und Konfliktvermeidung. Und wir waren beim Vorentwurf in Bestwig bei 1234 ha Potenzialfläche, 18 % des Gemeindegebietes, bei 1000 m Vorsorgeabstand. Es war und ist also gar nicht erforderlich auf diesen Vorsorgeabstand zu verzichten. Wir geben der Windkraft eindeutig genug substantiellen Raum. Unser Verbleiben bei 1000 m Abstand zur Wohnbebauung erregte auch mediales Interesse. WDR 5 – Westblick (24.8.) und Lokalzeit im WDR-Fernsehen (25.8.) berichteten. Eigentlich wollten wir in der (heutigen) Dezember-Ratssitzung den endgültigen Beschluss zur 8. Änderung des Bestwiger FNP fassen. Aber nichts läuft bei der Windkraft glatt und einfach. Die Bezirksregierung Arnsberg hat aktuell neue Übersichtskarten mit mehr als 100 Windkraft-Potenzialflächen für den Kreis Soest und den HSK vorgelegt. Mit einem Beschluss des Regionalrates am 30. November in Arnsberg wurde das Verfahren zur verbindlichen Festlegung von Windkraftstandorten gestartet. Formell geht es um die Änderung des Regionalplanes Arnsberg, Teilabschnitt Kreis Soest und Hochsauerlandkreis. Klar ist, die Potenzialflächen der Arnsberger Planungskommission stimmen nicht mit den von uns erarbeiteten Potenzialflächen überein, vor allem im Bereich Arnsberger Wald. Größenordnungsvergleich: FNP-Entwurf Gemeinde Bestwig 17%, des Gemeindegebietes (1153 ha) , Regionalplan-Vorentwurf rd. 4% des Gemeindegebietes

Mittlerweile steht fest, dass die geplante 8. Änderung des FNP der Gemeinde Bestwig nicht vor dem 1.2.2024 wirksam werden kann und damit faktisch

beendet wird. Wie es bei uns weitergeht, wird gleich die Beratung zu TOP 12 der heutigen Sitzung zeigen.

Zum Thema „Kommunale Wärmeplanung“ verweise ich auf die eben erfolgte Beratung und Entscheidung unter TOP 9 und 9.1 der heutigen Ratssitzung.

Bei den Investitionen im **Sportbereich** (366.000 €) ist die Erneuerung der Kraft-Wärme-Kopplungsanlage in der Schwimmhalle Velmede offensichtlich notwendig und diese Investitionsmaßnahme damit für uns unstrittig.

Beim Vorschlag Bau einer Tartanbahn ist das nicht ganz so einfach. Hier muss schon die Frage gestellt werden, ob hier Fördergelder fließen könnten. Obwohl bei den Haushaltsproblemen von Bund und Land man realistisch damit nicht rechnen kann. Wir verlassen uns aber darauf, dass hier im Hause diese Möglichkeiten ernsthaft abgeklopft werden. Grundsätzlich ist unsere Fraktion auch der Meinung, die Sportanlage fertigzustellen. Das was da mittlerweile entstanden ist, ist vorzeigbar und wird auch ständig benutzt. Der geschotterte Bereich passt da nicht wirklich hin. Eine Tartan-Laufbahn wäre wünschenswert. Unseres Erachtens wird die Sportanlage auch für den Schulsport gebraucht. Ich erinnere daran, dass das Berufskolleg Bergkloster Bestwig seit dem Sommer 2022 ein Abitur mit dem Schwerpunkt Sport- und Gesundheitsförderung anbietet.

Zum Schluss meiner Ausführungen noch einige kurze Anmerkungen.

Trotz der schwierigen Haushaltslage unterstützen wir auch weiterhin unsere Vereine, ich nenne da beispielhaft die Schützenbruderschaften unserer Gemeinde.

Auch wir sehen die Notwendigkeit einer grundsätzlichen Diskussion zur Grundsteuer.

Stichwort „Interkommunales“ Gewerbegebiet, möglicher Standort Brilon, Am Nehdener Weg.

Dort könnte gemeinsam mit Brilon und Olsberg ein solches Gewerbegebiet entstehen. Im August 2022 hatte der Rat der Stadt Brilon mit hauchdünner Mehrheit seine Zustimmung verweigert, die Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Hochsauerlandkreises damit zu beauftragen, Grundlagen für ein gemeinsames interkommunales Gewerbegebiet zu erarbeiten.

Wir fragen:

Wie kann es in dieser Sache weitergehen?

Müssen wir da die Initiative ergreifen?

Ist die Wirtschaftsförderungsgesellschaft HSK noch eingebunden?

Macht es Sinn, den Leiter der WFG einzuladen, um den aktuellen Stand zu erörtern?

Und eine letzte Anmerkung...

Es ist bekannt und auch unser Demografiebericht thematisiert das Problem, dass der Pflegebedarf, auch im stationären Bereich, größer wird. Wir begrüßen deshalb ausdrücklich den Neubau einer Seniorenresidenz mit 80 Pflegeplätzen in Borghausen. Das ist eine wünschenswerte Ergänzung zur bestehenden Christophorus-Seniorenresidenz in Velmede.

Die Änderung des Flächennutzungsplanes und die Aufstellung eines Bebauungsplanes beraten wir gleich unter TOP 13 der heutigen Ratssitzung.

Ich komme zum Fazit meiner Ausführungen.

Die SPD-Fraktion stimmt der vorgelegten Haushaltssatzung mit der Veränderungsliste zu.

Es bleibt mir noch, mich –auch im Namen der gesamten SPD-Fraktion- bei Bürgermeister Ralf Péus und dem Kämmerer Roland Burmann für die gute Zusammenarbeit zu bedanken.

Danke sagen wir auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Rathaus für die geleistete Arbeit im vergangenen Jahr.

Und auch Ihnen, den Kolleginnen und Kollegen, der CDU-Fraktion und der Bündnis 90Grünen-Fraktion sagen wir Dankeschön für die Zusammenarbeit. Es war immer möglich sich nicht nur hier im Rathaus, sondern auch außerhalb dieses Hauses bei vielen Gelegenheiten sachlich und menschlich vernünftig zu begegnen.

Ich wünsche Ihnen allen eine schöne Weihnachtszeit und einen guten Start ins neue Jahr 2024.

Danke für die Aufmerksamkeit!